

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1900

42 (22.2.1900) 2. Blatt

erschient täglich, mit Ausnahme
Sonn- und Feiertags und kostet
in Karlsruhe in's Haus gebracht
vierteljährlich 2 M. 60 Pfg.
(monatlich 55 Pfg., wenn in
der Expedition oder in den Agen-
turen abgeholt), durch die Post
bezogen vierteljährlich 3 M.
25 Pfg., mit Bestellgeld 3 M. 65 Pfg.
Bestellungen werden jederzeit
entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Post-Zeitungs-Liste 807.

Samstags-Beilage:
Das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen“.

Telephon-Anschluß-Nr. 535.

Anzeigen: Die sechspaltige Beilags-
zeile oder deren Raum 12 Pfg.,
Kleinanzeigen 25 Pfg. Bei öfterer
Wiederholung entsprechender Rabatt.
Anserte nehmen außer der Expe-
dition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition:
Klosterstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

1900.

Nr. 42. 2. Blatt.

Donnerstag, den 22. Februar

Zur politischen Lage in Baden.

Zweite Rede des Abg. Wacker,
gehalten in der Generaldebatte über das
Budget des Staatsministeriums.
(Sitzung der Zweiten Kammer vom 30. Januar 1900.)
— Stenographischer Wortlaut.

Entgegnung auf Ausführungen anderer Abgeord-
neter sowie der Minister Eisenlohr und Kollh.

I.
Agrarierthum und Zweite badische Kammer.

Ich möchte glauben — zu dieser Bemerkung gibt mir
der Herr Vorredner Veranlassung — ich möchte glauben,
dass das Agrarierthum, wie es seit einer Reihe von
Jahren hier in diesem Hause zur Vertretung kommt, das-
jenige nicht ist, von dessen Begehrtheit mit Recht so
viel gesprochen und geschrieben wird. Ich meine, wenn
die Begehrtheit des Agrarierthums nirgends in unserem
deutschen Vaterlande eine schärfere Seite hätte als bei
uns in Baden und hier in diesem Hause, dann wäre kein
Auf in der Öffentlichkeit etwas besser. Aber das wird
man nicht bestreiten können, dass es da und dort in
unserem deutschen Vaterlande ein Agrarierthum gibt,
dessen Begehrtheit gemeingefährlich ist.

Ich möchte glauben, dass, wie ich dem Agrarierthum,
das die betreffenden Interessen in diesem Hause jeweils
vertreten hat, dieses Zeugnis ausstelle, das ja auch der
ganzen Kammer, keine Partei ausgenommen, auch nicht
die des Herrn Dresbach, das Zeugnis ausgestellt werden
muss, dass sie den betreffenden Forderungen gegenüber
eins eine uneingeschränkt freundliche und wohlwollende
Stellung eingenommen hat.

Es ist der jetzige Herr Finanzminister auf den Mini-
sterialrath von ehedem festgelegt worden und auf den
Standpunkt, den er damals vertreten hat. Unser Mini-
sterialrath des Innern ist unter dem jetzigen Leiter wie
unter seinem Vorgänger, unter dem Referenten Buchen-
berger wie unter seinem Nachfolger, gewiss zu jeder Zeit
ein agrarfreundliches gewesen. Das Zeugnis wird es
wohl auch beanpruchen dürfen. Und ich meine, extra
viel hat das Finanzministerium von der Agrarfreundlichkeit
des Ministerialraths von ehedem nicht abgetrennt,
sonst wäre wohl in anderem Sinn und in anderem Ton
gesprochen worden. Es scheint mir nöthig, meine Herren!
dass genügend hervorzuheben, damit es kein Missverständ-
nis geben kann.

Der Herr Vorredner hat die Heiterkeit betont, die sich
bei uns etwas Luft machte. Da will ich für meine Per-
son wenigstens, da ich auch einigen Antheil daran ge-
nommen habe, erklären, dass es mir nicht im Entferntesten
eingefallen ist, etwaige Ansprüche oder Forderungen oder
den Ausdruck der Vertretung von Agrar-Interessen oder,
richtiger gesagt, landwirtschaftlichen Interessen als einen
Anlass zu betrachten, der Einen zur Heiterkeit reizt. Die
Heiterkeit hätte eine andere Ursache als die berechtigten
Forderungen der Landwirtschaft.

II.
Verdächtigkeit des katholischen Oberstiftungs-
raths durch Minister Eisenlohr.

Der Herr Minister des Innern hat heute auf Aus-
führungen des Herrn Abg. Dietrich hin zweimal das
Wort ergriffen. Ich bin nicht der Meinung, und möchte
glauben, dass sie auch anderwärts nicht getheilt wird —
dass seine zweimaligen Ausführungen den Nagel auf den
Kopf getroffen haben und als glückliche zu bezeichnen
sind. Ich hätte meinerseits es für sehr angenehm ge-
halten, wenn der Herr Minister in seiner zweiten Aus-
sprache von dem, was wir in der ersten zu hören be-
kommen haben, wenigstens Einiges gemindert oder abge-
schwächt hätte, vielleicht zurückgenommen dürfte, man
sagen.

Ich finde es sehr stark, wie der Herr Minister über
eine Behörde, die dazu nicht eine einseitig kirchliche ist,

sondern eine staatskirchliche, wie der Herr Minister
über diese Behörde und ihr Vorgehen sich ausgesprochen
hat. Er hat nichts davon zurückgenommen. Es ist nun
schon fast durchsichtig und deswegen thatsächlich
ungerecht, dass der Herr Minister das Vorgehen des
katholischen Oberstiftungsraths nicht bloß als „einseitig“,
sondern sogar als „tumultuarisch“ bezeichnet. Das
hätte der Herr Minister in seiner zweiten Ansprache ab-
schwächen müssen, glaube ich. Und ich muß gestehen,
dass es mich einigermaßen befremdet hat, dass die Stelle
am Ministerialrath, welche nach meinem Dafürhalten die
ersterbente wäre, eine solche Behörde in Schutz zu
nehmen, auch nicht mit einem Worte Etwas daran aus-
zusetzen hatte. Es ist mir um so befremdender, als der
Herr Minister am allerwenigsten durch den Ton, glaube
ich, aber auch nicht durch den Inhalt dessen, was der
Herr Abg. Dietrich uns vorgetragen hat, dazu veranlaßt
war oder sich berechtigt glauben konnte. Wenn der Herr
Minister glaubt, der thatsächlichen Wahrheit gemäß ver-
sichern zu können, es sei von seiner Seite, von Seite des
katholischen Oberstiftungsraths gar nichts Anderes in's Auge
genommen und beabsichtigt gewesen, als das in der Gegen-
wart und für die Zukunft Rechte festgestellt und sicher
gestellt werden, dann verstehe ich's nicht, warum es eine
bis jetzt wenigstens unübersehbare Schwierigkeit geben
konnte, das anderseitige Verlangen, den anderseitigen
Wunsch oder Antrag, wie man es nennen mag, anzuneh-
men, die Entscheidung an das Gericht zu verweisen
statt an den Verwaltungsgerichtshof. Ich verstehe nicht,
wie der Herr Minister des Innern sich dagegen sträubt,
und möchte meinerseits auch der Zustimmung Ausdruck geben,
dass er den Widerstand aufgab, den er diesem Begehren
bis jetzt entgegenzusetzen hat, um so mehr, als dann, wie
wir aus seinem Munde vernehmen hörten, die Sache in
friedlicher, beide Seiten wahrscheinlich auch zufrieden-
stellender Weise ihre Erledigung gefunden hat.

III.
Flottenfrage und persönliche Stellungnahme
des Redners zu derselben.

Meine Herren! Als von einem der Herren, fast un-
mittelbar vor mir, die Flottenfrage erwähnt wurde,
da hat es stellenweise einige Heiterkeit erregt. Ich würde
es sehr bedauern, wenn ich auch diesen Eindruck hervor-
rufen würde. Ich nehme nämlich an, dass nicht der Herr
Kollege Mammel gemeint war, als der Herr Kollege
Wittum bei Erwähnung der Flotte eine Ausrufung dar-
über vernimmt hat, sondern dass die betreffende Bemerkung
mit gegolten hat. Wenn das nicht der Fall sein sollte,
wäre ich dem Herrn Kollegen Wittum dankbar, wenn er
es mir durch irgend ein Zeichen zu merken geben würde.
Abg. Wittum: Es war der Fall.
Abg. Wacker: Es war der Fall. Nun, dann werde
ich auch gerechtfertigt erscheinen, wenn ich auch meinerseits
einige Worte sage.

Ich kann das Kompliment nicht hinnehmen, dass ich,
wenn ich eine Rede halte, nie Etwas von dem vergeße,
was ich sagen wollte. Es ist mir schon mehr als ein
Mal passiert, dass ich den einen oder anderen Punkt
wirklich vergessen habe. Wo ich aber das letzte Mal
zum Wort gekommen bin und von der Flottenfrage
nichts sagte, da habe ich es nicht aus Vergeßlichkeit
gehalten. Es schien mir vielmehr — auch wenn ich nicht
ein entsprechendes Zeugnis in der Presse bekommen hätte
— dass ich die Herren mit ihrer Aufmerksamkeit lange
genug in Anspruch genommen habe und schon darum
auf ein Eingehen auf die Flottenfrage verzichten konnte.
Aber noch mehr schien es mir, dass wir alle ohne Aus-
nahme auf eine Erweiterung der Flottenfrage hätten ver-
zichten können, ohne dass irgend Jemand berechtigt ge-
wesen wäre, uns auch nur den leisesten Vorwurf zu
machen.

Der Herr Kollege Wittum hat aber weit neben das
Ziel geschossen, wenn er aus dem Schweigen meinerseits
irgend einen Schluss ziehen wollte, ähnlich dem, den er
wirklich gezogen hat. Aus dem wie ich rede oder wie

ich schweige, ist wahrhaftig in keiner Weise auf die Hal-
tung der Centrumsfraktion im Reichstage zu schließen.
Wenn der Herr Kollege Wittum glauben sollte, darauf
schließen zu dürfen, so möchte ich ihn allerdings um die
Gründe bitten, auf die er eine solche Meinung stützen zu
dürfen glaubt.

Nun will ich nicht verhehlen, dass ich persönlich an der
Flottenvorlage, wie sie jetzt den Reichstag beschäftigt
wird, mehr als einen Haften finden würde, wenn ich
mitzureden hätte. Es liegt kein Anlaß für mich vor,
mich ganz bestimmt auszusprechen, ob ich dafür oder da-
gegen stimmen würde, weil ich nicht in die Lage komme,
abstimmen zu müssen.

Aber das muß ich erklären, dass ich für meine Person
die Deckungsfrage so leicht dem Herzen nicht hinnehmen
würde, wie sie seitens der Vertreter der Einzelstaaten
im Bundesrathe scheinbar angenommen worden ist.

Eine andere Seite der Frage würde von mir auch
nicht so leicht hingenommen. Meine Herren! Es ist in
einer früheren Zeit anlässlich von Marinefragen das
Wort, das geflügelte Wort vom „blamirten Europäer“
ausgesprochen worden. Ich meinerseits kam mich nun
weder mit der Situation noch mit der Rolle eines „bla-
mirten Europäers“ befremden, wie es damals gemeint
wurde, auf der Reichstagsseite ganz sicher, eine Rolle
zu spielen, auf der Reichstagsseite ganz sicher, eine Rolle
zu spielen, auf der Reichstagsseite ganz sicher, eine Rolle
zu spielen.

Nach meinem Dafürhalten muß die Behandlung solcher
Dinge der Initiative bestimmter Stellen anheingewiesen
werden. Und der Entscheidung dieser Stellen muß man
mit einem uneingeschränkten Vertrauen entgegensehen
können. Diese Stellen haben den Anspruch darauf, dass
das Interesse für das Wohl des Vaterlandes in Gegen-
wart und Zukunft und die Bereitwilligkeit, für die För-
derung dieses Wohles auch die nöthigen Opfer zu bringen,
beim Reichstage, bei der Volksvertretung vorhanden ist
und sich behält.

Aber der Reichstag, wenn er als Volksvertretung von
diesen Stellen aus die Initiative und Leitung erwarbt
— und ich meine, etwas Anderes wäre nicht naturgemäß
— muß dann auch ein reiches, ein hohes Maß von
Vertrauen in diese Leitung setzen können. Man darf es
ihm nicht bieten, das so außerordentlich wichtige Fragen
ganz unermittelt von gehen an heute in einer ganz
anderen Weise dargelegt werden.

Meine Herren! Man soll niemals in Versuchung
kommen, solchen Autoritäten gegenüber, wie die Marine-
verwaltung vor dem Reichstage sie stellen soll, auch nur
auf den Gedanken zu kommen, geschweige denn zu er-
klären:

„Das unbedingte Vertrauen in die Autorität ist nicht
am Platze; es mußte erdhört werden.“

Ich will weiter gehen, meine Herren! das es mir
nicht imponieren und mich persönlich nicht sympathisch
berühren kann, seit einiger Zeit diese politisch und wirt-
schaftlich außerordentlich wichtigen Fragen, so sehr wie
es noch niemals bei irgend Etwas der Fall gewesen ist,
nicht bloß in die breite Masse, sondern in die unver-
sinnliche, ununterrichtete und unreflexive Masse geworfen zu
sehen. Ich halte es für die Zukunft für ungleich besser,
wenn entweder keine Flottenvereine aufgenommen wären,
oder wenn sie wenigstens auf gewisse, auf bestimmte
Kreise sachkundiger Leute beschränkt geblieben wären.
Das kann man unmöglich als etwas Gesundes bezeich-
nen, dass man jetzt Flottenvereine hat, in welche Dis-
kussionen über derartige Dinge hochwichtiger politischer
und wirtschaftlicher Art hinein getragen werden; Flotten-
vereine, durch welche auch unter Knaben gewirkt wird,
in welche auch Frauen eintreten und ein Wort mitsprechen
können.

Im Uebrigen, meine Herren! siehe ich persönlich auf
den Standpunkt, dass das neue deutsche Reich allerdings
am Weltmarkt einen möglichst weiten Antheil haben
und einen möglichst weitestgehenden Antheil für die Zukunft be-
kommen soll. Auf diesem Standpunkt sehe ich nicht erst
seit heute. Ich war im Allgemeinen gesprochen von An-
fang an kein Gegner der Kolonialpolitik. Das Eine

steht ja in unlösbarem Zusammenhang mit dem Anderen.
Und ich sage weiter: wenn man dieser Meinung ist,
muß man auch der weiteren Ansicht sein, dass dem großen
Interesse auch eine Nachstellung entsprechen muß, auch
eine Nachstellung zur See. Damit ist aber noch lange
nicht gesagt, meine Herren! dass man mit jedem einzelnen
Schritte auf dem Wege der Kolonialpolitik einverstanden
sein oder jeder einzelnen Flottenvorlage unbedingt zu-
stimmen muß, die existirt oder geplant werden kann, die
vielleicht noch kommen kann.

Ich weiß nicht, ob der Herr Kollege Wittum nun mit
seiner Neugierde zufriedengestellt ist oder nicht.
Abg. Wittum: hinlänglich.

Ich glaube aber, mich auf diese Bemerkungen beschrän-
ken zu sollen, und füge nur bei, dass nach meinem Dafür-
halten eine möglichst mannigfaltige Verührung mit der
großen weiten Welt selbstverständlich die eine und andere
Schattenseite hat, vorwiegend aber außerordentlich große
Vortheile und zwar nicht bloß in wirtschaftlicher, son-
dern auch in anderer Beziehung. Wenn das alte Jahr-
hundert — ich glaube, das war nicht das übelste, was
der Herr Kollege Bursard darüber gesagt hat — auch
ein Mal thatsächlich zu Ende ist, nicht bloß offiziell und
ein neues vorüber sein wird, dann, meine Herren!
wünsche ich allerdings, dass diejenigen, die dann nach
uns kommen, davon erzählen können, wie neben Fran-
zosen, Engländern und Amerikanern und vielleicht wird
man dann noch von Japanern sprechen müssen, auch die
Deutschen auf den Weltmeeren in fernem Welttheilen sich
ebenbürtig bewegen.

Aber, meine Herren! das füge ich auch noch bei: wenn
es sich um die Deckungsfrage handelt, ist nicht bloß von
der Leistungsfähigkeit im Allgemeinen zu sprechen, in der
Gegenwart und unter normalen Verhältnissen, sondern
dann muß man auch die antinormalen in's Auge fassen.
Und ob die deutsche Nation im Stande wäre, schwere
Schläge, geschichtlich schwere Schläge von dem Umfang
dauernd zu ertragen, wie Frankreich und England es
schon gezeigt haben, das ist für mich einzuweisen noch im
Zweifel.

IV.
Bedeutung und Charakter der Erklärungen
der Minister.

Die Herren Minister, der Herr Minister des Innern
und der Herr Staatsminister haben Anlaß genommen,
sich über die Anstellungen zu äußern, die von meiner
Seite an der politischen und sicherpolitischen Stellung-
nahme der Groß-Regierung, vor Allen der beiden ge-
nannten Ministerien gemacht wurden.

Nun, meine Herren! formell haben ja diese Bemerkungen entgegenkommend geklungen, wie es die Regel
bei dem Herrn Staatsminister, die Ausnahme bei dem
Herrn Minister des Innern ist. Formell haben sie ent-
gegenkommend geklungen. Sachlich aber lauteten sie so
entschieden, so scharf und so ablehnend wie mir möglich.
Sie waren unter diesem Gesichtspunkt betrachtet nicht so-
wohl eine Antwort auf meine Ausführungen als viel-
mehr eine Antwort auf die Thatsache, dass die Mehr-
heit des Hauses aus der sehr unfreundlichen Stellung
der Groß-Regierung auf diesem Gebiete für die Be-
handlung der Fragen des Staatshaushalts keine Konse-
quenzen zieht. Die Herren am Ministerialrath haben es
auf dem letzten Landtage wissen müssen und bestimmt
von vornherein ausgesprochen, dass wir darauf verzichteten,
irgend welche Konsequenzen solcher Art zu ziehen, ohne
uns damit des Rechtes zu begeben, bei einer anderen
Gelegenheit oder in einer späteren Stunde es anders zu
halten — innerhalb der Kompetenz der Volksvertretung
oder einer einzelnen Partei oder Person. Sie haben es
damals wissen müssen, und es ist deswegen für mich
jetzt noch unerklärlich, wie dann am Schlusse des Land-
tages diesem hohen Hause gegenüber gesagt werden
konnte, es habe den Ansehen gehabt, man habe befohlen
müssen — inhaltlich wenigstens hat es so gelaute!

Theater, Konzert, Kunst und Wissenschaft.

Karlsruhe, 21. Februar.

Ein furchtlicher Vatarreisender. Fürst Albert von
Monaco hat vor einigen Tagen in der Akademie der
Wissenschaften zu Paris interessante Mittheilungen über
die wissenschaftliche Reise gemacht, die er im vorigen
Sommer auf seiner Nacht „Princesse Alice“ in die ar-
ktischen Gegenden unternahm. Es war die zweite Reise
dieser Art, die der Fürst mit dem Schiffe ausfuhrte. Die
„Princesse Alice“ verließ Le Havre am 22. Juni und
Tromsø am 23. Juli, nachdem sie sich im letzten
Hafen für vier Monate verproviantirt hatte. Sie fuhr
direkt nach der Nordküste von Spitzbergen und suchte sich
einen Weg durch das Eis, um die Straße von Svinöen
zu gewinnen. Aber am 26. Juli schon wurde sie von
einer mächtigen Eisbarriere aufgehalten, die sich unter
dem 80. Breitengrad befand, und mußte sich nach einem
Unterlage an der Küste umsehen, um die Eröffnung
einer Passage abzuwarten. Nach vorfichtigen Lotungen
in jener wenig bekannten Gegend gelangte das Schiff in
einen Fjord, der auf den starken nicht verzeichnet stand.
Diese Nacht erhielt den Namen des Fürsten, und hier
ging die „Princesse Alice“ zu längerem Aufenthalt vor
Anker. Jeder begab sich an seine Arbeit, die oft bei
einer Temperatur unter Null ausgeführt wurde. Die
Gelehrten nahmen 2400 Notungen und 4200 Winkel-
messungen vor. In's Innere wurden Ausflüge gemacht,
und aus alledem ging eine Karte hervor über ein Gebiet
von 30 Kilometer Länge und 15 Kilometer Breite, die
der Fürst der Akademie vorlegte.

Die Wärmewirkung der elektrischen Glühlampen
wird vom Publikum im Allgemeinen sehr unterschätzt.
Versuche haben ergeben, dass eine kleine Glühlampe, die
in einem Gefäß angebracht worden war, das ein halbes
Liter Wasser enthielt, dieses Wasser in weniger als einer

Stunde bis zum Sieden erhitzte. Bis man eine Glüh-
lampe mit Cellulose in Verbindung, so entzündet sich
letzteres schon nach fünf Minuten. Sehr gefährlich ist
es, Glühlampen mit Baumwolle zusammenzubringen;
schon nach wenigen Minuten wird die Baumwolle ent-
zündet und bald darauf sieht sie in Flammen. Selbst-
stoffe sind weniger gefährlich, aber dennoch werden dabei
aus 10 Centimeter Entfernung in 8—10 Stunden an-
gezündet.

Eine neue Verschiebung des russischen Datums
gegen das Datum der übrigen Länder tritt vom 1. März
dieses Jahres ab ein, da nach dem alten Julianischen
Kalender das gegenwärtige Jahr ein Schaltjahr ist, nach
dem Gregorianischen aber nicht. Die Russen haben dies-
mal also einen 29. Februar, der bei uns ausfällt, und
ihre 1. März ist nicht mehr wie früher gleich unserer 13.
sondern gleich unserer 14. Der Julianische Kalender
gilt angedeutet beinahe noch in Griechenland und den
Balkanstaaten, bei deren Datum man von jetzt ab stets
13 Tage hinzuzurechnen hat, um auf das richtige zu
kommen. Bei dieser Gelegenheit tritt die Notwendigkeit
der Kalenderreform in Russland wieder recht deutlich
hervor und die um so dringender wird, je mehr sich
Handel, Verkehr und Industrie in Russland hebt. Der
Gzar soll auch persönlich der Verordnung günstig ge-
stimmt sein, aber die kirchlichen Kreise setzen ihr den
zähesten Widerstand entgegen.

Kleines Zenitikon.

Der gegenwärtige Monat Februar hat einige
Eigenheiten. Zunächst fällt in diesen Monat kein
Neimond, ein nicht gerade häufiges Vorkommniß. Von
den Planeten sind nur zwei sichtbar, freilich die licht-
stärksten: Jupiter und Venus. Weiterhin hat der Februar,
obwohl die Zahl 1900 durch 4 theilbar ist, nur 28

Tage; auf diese Weise kommt eine Reihe von Jahren
zu stande, die nacheinander mit den einander folgenden
Wochentagen beginnen, während sonst ja alle vier Jahre
ein Tag überbrungen wird. 1897 begann mit dem
Freitag, 1898 mit Samstag, 1899 mit Sonntag, 1900
mit Montag und so fort bis 1904 mit Freitag, 1905
geht, weil 1904 ein Schaltjahr ist, mit Sonntag an.

Mit den Fremdwörtern in der deutschen Heeres-
sprache aufgeräumt. Im Neubild der Feldbesoldung
ist z. B. gelagt statt: Garnison — Standort, General-
idee — Kriegslage, Orde de Bataille — Kriegsgliederung,
Theoretischer Unterricht — Dienstunterricht.

Die „eiserne Hochzeit“ wurde kürzlich von dem
Bahndirektor a. D. Schulze und dessen Ehefrau in
Burgkennitz (Provinz Sachsen) gefeiert. Beide Ehe-
gatten sind 92 Jahre alt und erfreuen sich noch einer
nur wenig gekürzten Gesundheit.

Das Testament des kürzlich in Paris gestorbenen
Adolf v. Nothfahl bestimmt als Hauptvermächtniss
Edmund Nothfahl, die Tochter des Barons Willy in
Frankfurt. Dreihundert Millionen sind für Errichtung
einer Blindenanstalt bestimmt. Der größte Theil der
Anstaltensammlung fällt dem Louvre zu.

Tramung im Gefängnis. Eine ergreifende Scene
spielte sich dieser Tage im Gefängnis zu Moskau am
Don ab. In der Gefängnis-Küche wurde der wegen
schweren Raubes zur Deportation verurtheilte Verbrecher
J. mit der Tochter einer vornehmen Moskauer Familie
getraut. Die Tramung trug ein eigenartiges Gepräge.
Die Braut erschien in eleganter Toilette in der Kirche
in Begleitung zahlreicher Sträflinge unter starker Eskorte.
Gleichzeitig kam der Bräutigam mit zwei Zeugen, einem
Landrichter und einem zur Deportation Verurtheilten.
Nach der Tramung wurde der junge Gemann wieder in
die Zelle zurückgeführt, während die junge Frau zu ihren
Eltern zurückkehrte. Als die Sträflinge ihr Glück zur

bevorstehenden weiten Reise wünschten, antwortete sie:
„Ich habe gehandelt, wie ich handeln mußte; nicht leidet
die Erinnerung an die lichte Vergangenheit und die Liebe
zu dem bellagewerthen Freunde, die mir auch im Un-
glück theuer ist.“

Wann ist eine Zeitung druckfertig? 1. Wenn
der Verfasser das Nichtigste geschrieben hat; 2. das Nichtigste
auch deutlich geschrieben hat; 3. der Setzer in alle Fächer
des Setzraums lauter richtige Buchstaben geworfen hat;
4. die richtigen Buchstaben greift; 5. sie richtig einsetzt;
6. der Korrektor richtig liest; 7. der Setzer die erste
Korrektur richtig verbessert; 8. der Korrektor die zweite
Korrektur richtig liest; 9. der Setzer die zweite Korrektur
richtig verbessert; 10. die Revision richtig gelesen wird;
11. wenn den Betreffenden die nöthige Zeit hierzu ge-
lassen wird und 12. wenn nach etwa ein Dutzend andere
Umstände sich ebenso glücklich abwickeln. Und da nun
zum Beispiel ein Großholztavogen 50,000 bis 55,000
Buchstaben zählt, so müssen jene günstigen Umstände sich
bei dieser Größe der Zeitung 50- bis 55,000 Mal wieder-
holen, wenn das Publikum einen einzigen fehlerfreien
Bogen in die Hände bekommen soll. Man kann es also
einer Zeitung wirklich nicht verbieten, wenn es dem Druck-
fehlerteufel gelingt, sein Spiel zu treiben!

Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten von
Nordamerika wird auf rund 70,000,000 geschätzt. Da-
von sind 30,000,000 Deutsche, Holländer und
Dänen 14,000,000, Engländer, Schotten und Waliser
13,000,000, Franzosen und Kanadier 5,000,000, Polen,
Tschechen, Meißner und andere Slaven 7,000,000,
Standinavier 3,000,000, Italiener 2,000,000, Spanier
und Portugiesen 3,000,000, Malaien und sonstige Misch-
linge 7,000,000.

als ob ein Zusammenarbeiten der Regierung mit der Volkvertretung nicht möglich wäre. Diesen Anschein hat es auch nicht eine Stunde gehabt. Wenn es auch möglich ist, daß vielleicht da oder dort — ich kann selbstverständlich nur für meine Partei sprechen — daß vielleicht da oder dort eine andere Stimmung geherrscht haben mag, vorübergehend oder dauernd — ich weiß es nicht, aber die Möglichkeit darf man ja annehmen — dann war es doch klar und bestimmt gesagt, daß wir nicht daran denken. Und die Herren auf jener (national-liberalen) Seite des Hauses brauchen es ja nicht zu sagen. Damit aber, daß unerseits eine solche Erklärung abgegeben wurde, war die Beförderung auch nicht eine Minute begehrt.

Nun dieselbe Erklärung ist auch auf diesem Landtag gleich eingangs abgegeben worden. Und ich möchte glauben, daß die Ausführungen des Herrn Staatsministers und des Herrn Ministers des Innern mehr das waren, wie sie eine solche Haltung der Kammermehrheit entgegennehmen als eine Antwort auf meine Ausführungen. Und wenn dieser Eindruck richtig sein sollte, dann meine Herren! darf ich allerdings dazu einladen, das Entgegenkommen der Kammermehrheit mit dem Entgegenkommen der Großh. Regierung zu vergleichen.

V. Erklärungen der Minister in der Wahlrechtsfrage.

Der Herr Minister des Innern und in dieser Beziehung auch der Herr Staatsminister haben es sich außerordentlich leicht gemacht, die große Wahlrechtsfrage, diese große politische Frage wie auch die Haltung der Großh. Regierung sich zurecht zu legen.

Ich habe schon da ich das erste Mal das Wort ergriffen habe, mit Nachdruck betont — und das ist auch von anderer Seite geschehen — daß es sich in der Wahlrechtsfrage für uns durchaus nicht darum handelt, irgend ein neues Recht zu konstituieren. Wenn der Herr Kollege Fieber, wie mir erzählt wurde — ich hatte nicht das Vergnügen, seine Rede zu hören — davon sprach, daß noch andere Forderungen dahinter stehen: Frauenwahlrecht u. s. w., nun, meine Herren! dann ist das ein Stück von Zukunftsrecht ad hoc. Wir können ruhig zuwarten, bis solche Forderungen kommen. Einmal glaube ich mit Bestimmtheit versichern zu können, daß wenn sie kämen, wir sie nicht unterlassen würden. Und ich möchte glauben, daß wenn sie noch lange auf sich warten lassen, daß dann andere, die nach uns diese Plätze einnehmen, sie auch nicht unterlassen werden. In jedem Fall würde man dadurch, daß man sich hier entgegenkommend zeigt, sich nicht engagieren, auch noch weitergehende Forderungen entgegenkommend zu behandeln.

Nein! es handelt sich nur darum, das bestehende Wahlrecht, auf dessen Einführung die Herren National-liberalen zu jeder Zeit wie auf ein Hauptverdienst ihrer Partei sich berufen haben — ob mit oder ohne Grund, das lasse ich dahin gestellt sein — dieses bestehende Wahlrecht seinen naturgemäßen Ausdruck finden zu lassen. Und, meine Herren! in einer Zeit, in welcher man solche Forderungen gerne sieht und zu unterstellen sucht, da sollte man doch wahrhaftig nicht mit solchen Vorwürfen vor „kapitalen Befreiungen“ kommen, wenn es sich darum handelt, daß gereifte Männer, die mit bestimmt normierten staatsbürgerlichen Rechten ausgestattet sind, von diesen Rechten vielleicht einen Gebrauch machen, der nicht überall erwünscht ist.

Man soll aber auch deswegen nicht damit kommen, meine Herren! auch, soweit von Kantelen zu reden Anlaß gegeben ist, diese Kantelen durch die Verfassung längst festgelegt sind. Wo ein Zweikammersystem existiert und wo die verfassungsmäßig berufenen Faktoren bei der staatlichen Gesetzgebung und Verwaltung so mit abgegrenzten Rechten ausgestattet sind, da meine Herren! soll man nicht von einer Gefahr des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechtes sprechen, welche angeblich eintreten würde, wenn das direkte Verfahren angenommen würde.

Soweit man glaubt, Anlaß zu haben, von Gefahren zu sprechen, sind sie durch die Festhaltung des indirekten Verfahrens thatsächlich vorhanden. Denn nichts kann ein Wahlergebnis mehr erregen und verheben und vielleicht auch verleiern, einen anderen Gebrauch zu machen als es sonst machen würde, als diese Art, etwas festzuhalten, dessen Verwirklichung man, wenigstens auf jener (national-liberalen) Seite des Hauses seit Jahren ammununden zugeben hat.

Der Herr Minister des Innern hat es sich nun leicht gemacht, indem er sagte: Gut! wenn das indirekte Wahlverfahren thatsächlich nicht mehr besteht, wenn die Wähler, die Wahlergebnisse, die Abgeordneten (die Kandidaten und die Abgeordneten) selber bestimmen; wenn Ihre glaubt, sagen zu können, es wird ja eigentlich doch direkt gewählt, was wollt Ihr dann daran rütteln?

Nun, meine Herren! von gut national-liberaler Seite, die einen Hinweis des Herrn Ministers des Innern, sei es von jenem Mute oder auch von der bisherigen Haltung, die er einnehmen hat, wenigstens im Geheimen — nur das Letzte im Geheimen — sehr bedauern würde, von sehr gut national-liberaler Seite sind die charakteristischen Stichworte ausgegeben worden: „Politischer Schädling“ — „Schädling“ — „Form ohne Inhalt“. Von jener Seite des Hauses ist die Großh. Regierung mit sehr ernst, eindringlichen Worten angefordert worden, endlich ein Mal das Nötige zu thun, um hier Wandel zu schaffen.

Meine Herren! Wenn von solcher Seite bei solchen Anlässen solche Ausdrücke gefallen sind, dann soll man uns doch nicht mit derartigen Bemerkungen kommen lassen, wie der Herr Minister des Innern es thun zu sollen glaubt. Wir — um es ganz kurz zu sagen — wir stehen in dieser Beziehung auf dem Standpunkte, daß wir

1. an dem allgemeinen gleichen Wahlrecht nicht rütteln lassen wollen und daß wir

2. eine Vermengung des Bürgerlichen mit dem Politischen nicht gutsehen.

Und die Art, wie der Herr Minister des Innern so wohl als auch der Herr Staatsminister über diesen Punkt sich äußern, der nach meinem Dafürhalten von der schwerwiegendsten Natur ist, die glaube ich auch als recht leicht bezeichnen zu dürfen. Welche Herren haben auf die Thatsache hingewiesen, daß bei bürgerlichen, bei Gemeinbewohnen die politischen Parteien sich entfalten, daß es heißt bei der 3. Klasse: das Centrum hat gefiegt — in Durlach umlängst die Socialdemokratie; bei der 2. und bei der 1. die National-liberalen u. s. w. Ja! ich meine, es wäre eine andere Thatsache viel näher gelegen gewesen, in's Treffen geführt zu werden: die Thatsache nämlich, daß wir trotz der ausgeprägtesten und der schärfsten Gegnerschaft auf politischem Gebiete wenigstens einzelne Thatsachen zu verzeichnen haben, welche dafür sprechen, daß man in der gleichen Zeit es bei Gemeinbe-

wahlen nicht unter allen Umständen von der Hand weis, einträchtig zusammenzugehen; daß die verschiedenen politischen Parteien sich mit einander verständigen und so jeglichem Wahlkampf oder wenigstens dem größten Theile des scharfen Wahlkampfes die Spitze benehmen. Ich meine, meine Herren! das sei ein deutlicher Beweis dafür, daß es wirklich im allgemeinen Interesse gelegen ist, den Zustand herbeizuführen, in welchem die politischen Gegnerschaften und Gegensätze von den Gemeinbewohnern und von den Arbeitern der Rathhäuser fern bleiben.

Wenn die Großh. Regierung nicht die Stelle ist, die vor Allen für dieses Moment des allgemeinen Interesses Verständnis zeigt, dann kann ich das im allgemeinen Interesse nur sehr bedauerlich finden.

VI.

Erklärungen des Staatsministers in Sachen der kirchenpolitischen Fragen.

Der Herr Staatsminister hat sich dann auch auf die kirchenpolitischen Beanstandungen eingelassen und da recht dunkel gesprochen. Wenigstens für die und jene Stelle möchte es dunkel sein. Ich war mir klar darüber, da ich mich ja sehr gut erinnere, wie der Herr Staatsminister seit einer Reihe von Jahren über solche Dinge sich äußert. Und wenn ich im Zweifel gewesen wäre, dann hätte das gute Zeugnis und der Ausdruck der Freude bei dem Herrn Kollegen Fieber mir die Zweifel benehmen müssen.

Der Herr Staatsminister hat bestritten, den Vortouf erhoben zu haben, daß die Männerorden den konfessionellen Frieden fördern. Meine Herren! in dieser Form hat er den Vortouf nicht gemacht; das ist wahr. Er ist aber gegen die Zulassung einzelner Niederlassungen von Männerorden

1. im Interesse des konfessionellen Friedens und
2. aus dem Grunde, weil die kirchenpolitischen Verhältnisse zu sehr ungesund seien.

Wenn diese sich gemindert hätten, dann ließe er mit sich reden. Ja! wie soll ich mir nun aber dieses „im Interesse des konfessionellen Friedens“ anders erklären als so, daß ich sage:

Entweder ist die Gefahr der Eirung des konfessionellen Friedens auf der Seite, auf welcher man die Männerorden beansprucht, wenigstens einzelne Niederlassungen; oder auf der Seite, welche sie misste über sich ergehen lassen.

Nun, meine Herren! die letztere Seite, das muß ich auf das Entschiedenste behaupten, die letztere Seite ist ausschließlich das katholische Volk.

Den evangelischen Theil des badischen Volkes berührt die Frage der Zulassung von Männerorden so wenig, als es den katholischen Theil des Volkes berührt, ob die evangelische Konfession die eine oder die andere Anzahl dieser oder jener Aart von Orden für Männer oder für Frauen hat. Nur der katholische Theil des Volkes ist interessiert dabei; nur von ihm kann gesagt werden: er könnte es über sich ergehen lassen müssen.

Wir sehen es als ein schweres Unrecht an, wenn man das Maß der Zugeständnisse an die katholische Kirche, an die Autorität der Kirche und an das Volk, das ihr zugehört, mit dem Maßstabe bemessen wollte, wie etwa Wünsche, Begehren oder auch das Gegenstück des evangelischen Theiles ihn an die Hand gäbe.

Meine Herren! Der evangelische Theil des Landes muß es sich gefallen lassen können — und wenn er nicht will, so muß er dazu veranlaßt werden — der muß es sich gefallen lassen können, daß der katholische Theil ohne in evangelische Interessen oder Rechte einzugreifen, nach seiner Art sich bewegt, privat und öffentlich, wie es ungeleht auch der katholische Theil muß.

Ich wiederhole: Für diesen Standpunkt das nötige Verständnis zu bekunden und, wenn es nötig ist, den nötigen Schutz zu gewähren, das ist nicht nur ein Recht der Großh. Regierung, sondern auch ihre Pflicht im paritätischen Staate.

Ich muß es aber ablehnen — um das nicht zu übersehen; ich habe schon das letzte Mal dagegen protestirt —, daß Seitens des katholischen Theiles, um mich jetzt ganz allgemein auszuwenden, oder man nur die Ordensmänner darunter versteht oder den Weltklerus, die kirchliche Autorität oder das katholische Volk, ich muß es also auf das Bestimmteste in Abrede stellen, daß von diesem Theile, von dieser Seite aus irgend wie eine Gefährdung des konfessionellen Friedens zu gewärtigen ist. So war es wenigstens bis jetzt. Und wenn ich die Möglichkeit annehmen sollte, daß es in Zukunft anders sein könnte, nun dann würde die Staatsgewalt im Lande Baden Mittel und Wege haben, solchen Gefahren zu begegnen.

Der Herr Staatsminister hat es widersprochen, daß Seiten der Großh. Regierung Politisches und Kirchliches vermengt wird. Er hat selber gesagt, er wünsche, daß eine solche Vermengung fern gehalten werde.

Nun meine Herren! wird aber nicht bestritten werden können, daß in der ganzen Geschichte unserer kirchenpolitischen Gesetzgebung seit dem Jahre 1860, ganz besonders im Jahrzehnt 1870 auf 1880 das Politische mit dem kirchenpolitischen auf das Vielfältigste und Intenstivste vermengt war. Und jene Großh. Regierung, die ja in jeglichem Betracht Vorbild war, namentlich für den Herrn Staatsminister und den Herrn Minister des Innern — beide sind ja aus jener Schule hervorgegangen — jene Großh. Regierung hat niemals Miene gemacht, dieser unglückseligen Vermengung von politischen und kirchenpolitischen Dingen irgendwie entgegenzutreten.

Und der Herr Staatsminister wird es nicht in Abrede stellen, daß von der Zeit an, da die Centrumpartei ein gewichtiger Faktor im politischen Leben war; von der Zeit an, da man genöthigt war, die Stimmen hüten wie drüben zu zählen, die ganze Politik der Großh. Regierung wesentlich darauf hinausgelaufen ist, die politische Stellung des Centrums zu erschüttern, das Centrum zu sprengen. Und unter den Mitteln, welche sie zu benutzen wußte, hat die Behandlung kirchenpolitischer Dinge nicht die kleinste Rolle gespielt und zwar bis auf den heutigen Tag. Das ist eine Vermengung des Politischen mit dem kirchenpolitischen, wie ich mir sie bedenklich nicht vorstellen kann. Und ich wiederhole den Protest dagegen, daß man Forderungen der Kirche, Forderungen der kirchlichen Autorität oder Wünsche oder Urträge, wie man das bezeichnen mag, darnach behandelt, wie man mit uns hier, wie man mit der politischen Partei des Centrums zufrieden oder unzufrieden ist. Der Herr Staatsminister wird nicht in Abrede stellen können, wenigstens nicht mit Grund, daß ich Anlaß habe, einen solchen Protest öffentlich auszusprechen.

Wenn nun der Herr Staatsminister sich ausdrücklich auf die Erklärung berufen hat, die er im letzten Jahre abgegeben hat, die ziemlich allgemeiner Natur war und damals wie auch jetzt wieder den Herrn Kollegen Fieber

so außerordentlich erfreute, dann möchte ich meinerseits fragen, ob die Stellungnahme, die Haltung der Großh. Regierung auch nur um eine Linie von der ausgeprägtesten kulturhistorischen Haltung sich entfernt hat, die wir immer beklagt und bedauert haben.

VII.

Naturgemäße Wirkung der Haltung der Großh. Regierung.

Und wenn die Großh. Regierung auf diesem Gebiete sich so ausdrückt und daneben die Zweidrittel-Mehrheit betont, die nicht vorhanden sei — ich will die bezügliche Bemerkung des Herrn Ministers des Innern nicht unter die Sonde der Kritik nehmen — wenn sie mit solchem Nachdruck davon spricht, dann bin ich veranlaßt, vor dem ganzen Lande zu sagen, daß die Haltung der Regierung es ist, welche meine Partei nöthigt, sie förmlich an ihren Gehrgelbst packt und auch unter dem Gesichtspunkt des Interesses der Sache sie nöthigt, welche sie glaubt vertreten zu sollen, nämlich vor Allen eine antinational-liberale Zweidrittel-Mehrheit sicher zu stellen. Die Haltung der Großh. Regierung ist es also, die den Wahlkämpfern, mögen sie näher bevorzugen oder erst in fernerer Zeit, so lange sie diesen Boden nicht verläßt, die Signatur liebens gibt, welche sie seit einer Reihe von Jahren gehabt haben.

Wenn nun der Herr Abg. Fieber wirklich die Erwartung ausgesprochen hat — ich habe, wie bereits bemerkt, seine bezüglichen Ausführungen nicht gehört —, daß die Reihen der Herren von der national-liberalen Seite sich erweitern und daß sie nicht bloß jene Seite dort füllen, sondern auch noch da herüber kommen, nun, meine Herren, dann möchte ich allerdings fragen, auf

was denn der Herr Kollege Fieber diese seine Hoffnung gründen will.

Nichts kann ja die Aussicht auf Erfüllung dieser Hoffnung mehr schwächen, als eine solche Haltung der Großh. Regierung. Nichts wäre besser dazu angethan, die scharf ausgeprägten Gegensätze, die im Lande bestehen, zu mildern, und zwar im Interesse der Allgemeinheit, als wenn die Regierung in der Wahlrechtsfrage den Boden betreten wollte, auf dem unsere Urträge sich bewegen und wenn sie auf kirchenpolitischem Gebiete zugestehen wollte, daß es es doch wahrhaftig ein sehr weites Entgegenkommen ist, wenn man alle Wünsche und Urträge streng auf den Boden des Gesetzes von 1860 stellt. Ich finde es rein unverträglich, daß die Großh. Regierung sich auf das nicht einlassen will.

Ich will nun aber das hohe Haus und die Herren Kollegen nicht länger aufhalten. Es ist uns ja in nahe Aussicht gestellt, daß wir unsere Meinungen auf kirchenpolitischen Gebiete wieder austauschen können und daß auch die Wahlrechtsfrage wenigstens in der Kommission recht bald zur Verhandlung kommen wird. Dort wird sich vielleicht dann auch Gelegenheit bieten, den Herrn Minister des Innern davon zu überzeugen, daß unser Antrag in Sachen der Wahlrechtsfrage noch lange keine Klippe hat, wenn auch der Antrag auf Einführung einer neuen Wahlrechts-Einteilung noch nicht gestellt worden ist. Er ist sehr bereit und wird nicht lange auf sich warten lassen, sobald man weiß, wie der Wind weht oder was zu erwarten steht und was nicht. Dann werde ich in Sachen der Wahlrechts-Einteilung das Wort etwas prompter einlösen, als der Herr Minister das seit Jahr und Tag gegebene Wort bisher eingelöst hat.

Für Erst-Communicanten

empfehle ich in sehr großer Auswahl bei billigsten Preisen:

Tuche, Buckskins, Kammgarn- und Cheviot-Stoffe,

schwarze, weiße und crème

Cachemires, Façonés, Mohairs, Confections-Stoffe

u. s. w.

***** Muster gerne zu Diensten. *****

Kaiserstraße 101/103, **Christ. Oertel**, Kaiserstraße 101/103,
Manufakturwaaren-, Betten- und Ausstattungs-Geschäft.

Brauerei Sinner, Grünwinkel,

empfeilt in vorzüglich gelagerter Qualität

helles und dunkles Tafelbier,

hervorragend durch gute Bekömmlichkeit und größte Haltbarkeit. Originalfüllung der Brauerei in plumbirten Flaschen. Kranken und Reconvalescenten ärztlich empfohlen.

- #### Verkaufsstellen in Karlsruhe:
- | | | |
|--|--|---|
| Astor, S. Waldstraße 11, | Hess, Eugen, Nachl., Karl-Friedrichstraße 6, | Mussler, Carl, Winterstraße 18, |
| Banscher, L., Waldstraße 6, | Hoock, E., Jägerstraße 41, | Oser, E., Ludwig-Wilhelmstraße 11, |
| Baumann, H., Kreuzstraße 10, | Hofer, Mina, Söfienstraße 26, | Osterlo, Franz, Blumenstraße 21, |
| Baumgärtner, A., Jägerstraße 20, | Holtz, Witwe, Körnerstraße 26, | Plaschdorfer, Ad., Wisnardsstraße 33, |
| Beck, A. L., Kaiserstraße 150, | Hug, Fr., Velfortstraße 17, | Rathgeb, F. X., Waldstraße 57, |
| Beck, Karl, Bernhardtstraße 11, | Huster, E., Luitensstraße 45, | Röhe, K., Waldstraße 30, |
| Bender, Gustav, Luitensstraße 5, | Jacob, Ed., Douglasstraße 13, | Reiss, Jos., Ludwig-Wilhelmstraße 10, |
| Benetz, Th., Hauptpoststraße 2, | Jäger, Franz, Söfienstraße 10, | Richter, Emil, Jägerstraße 77, |
| Börsig, Alb., Durlacher-Allee 26, | Imle, K., Schirmerstraße 5, | Ricker, Ph., Witwe, Kaiserstraße 230, |
| Bucherer, E., Jägerstraße 21, | Kasper, O. A., Lintenhemerstraße 3, | Roth, Emil, Bahnhofsstraße 28, |
| Bumann, M., Witwe, Jägerstraße 37, | Kintz, A., Gartenstraße 37, | Rössler, Gust., Jägerstraße 98, |
| Busch, H., Gartenstraße 64, | Klinger, A., Amalienstraße 71, | Schaeffer, S., Jorkstraße 4, |
| Danhausser, Anton, Amalienstraße 27, | Klotter, P., Waldstraße 77, | Schleicher, zum fahlen Krug, Bamwalds-Allee 2, |
| Dittler, Adolf, Gerwigstraße 2, | Krauss, Lina, Adlerstraße 39, | Schmidt, K., Adlerstraße 5, |
| Doll, Franz, Kreuzstraße 17, | Kumm, Geschw., Durlacher-Allee 2, | Schneider, E., Ede Veffing- und A. lege-
straße 122, |
| Dornfeld, A., Adlerstraße 14, | Kühn, Aug., Söfienstraße 33, | Schoch, J., Luitensstraße 34, |
| Echtle, Alb., Luitensstraße 92, | Lampson, O., Ludolfstraße 15, | Schwindke, A., Gartenstraße 13, |
| Eckert, Stefan, Ofenstraße 1, | Lang, Karl, Adlerstraße 36, | Sier, Witwe, Luitensstraße 21, |
| Erb, Wilh., Ebelplatz, | Langer, Rud., Waldhornstraße 4, | Sutter, H., Kreuzstraße 32, |
| Fary, A., Ofenstraße 10, | Laspe, Gerh., Kaiserstraße 56, | Theibaut, Marie, Kaiserstraße 36, |
| Fey, Georg, Durlacherstraße 26, | Loesch, August, Nachl., Kaiserstraße 115, | Vienrouy, A. van, Söfienstraße 45, |
| Flach, G., Herrentstraße 6, | Loesch, Karl, Lachnerstraße 14, | Vetter, J., Witwe, Söfienstraße 15, |
| Frank, D., Durlacher-Allee 35, | Loesch, Jakob, Herrentstraße 35, | Vielhauer, K., Durlacherstraße 105, |
| Friedmann, Ad., Veffingstraße 21, | Madlinger, B., Jägerstraße 7, | Vogt, A., Akademiestraße 23, |
| Friedrich, K., Witwe, Jägerstraße 86, | Maier, Franz, Luitensstraße 17, | Waldhauer, K., Amalienstraße 37, |
| Förderer, Ed., Waldstraße 10, | Mayer, Gottl., Durlacher-Allee 30, | Wegmann, K., Waldstraße 29, |
| Gailling, Fr., Witwe, Velfortstraße 7, | Merkel, B., Margrafenstraße 17, | Wehmüller, Chr., Fajanenstraße 17, |
| Größe, M., Herrentstraße 8, | Merz, Georg, Georg-Friedrichstraße 18, | Weiss, Geschw., Leopoldstraße 23, |
| Hacker, Andr., Bernhardtstraße 9, | Müller, Joh., Leopoldstraße 44, | Wildermuth, W., Ludolfstraße 4, |
| Hager, Karl, Karl-Friedrichstraße 22, | Müller, Peter, Marienstraße 58, | Wilke, A., Akademiestraße 10, |
| Hänsler, Fr., Kreuzstraße 1, | Müller, Rosa, Witwe, Veffingstraße 43, | Wirth, J., Ede Garten- u. Veffingstraße 4, |
| Heck, J., Leopoldstraße 11, | Müller, Wilh., Körnerstraße 40, | Wörner, K., Herrentstraße 8, |
| Heiser, A., Adlerstraße 22, | Müsse, J., Douglasstraße 32, | Zoller, H., Söfienstraße 43. |

Karlsruher Colosseum.

Täglich Theater Variété.

Anfang 8 Uhr. Kassen-Öröffnung 7 Uhr.

Jeden Sonn- und Feiertag 2 Vorstellungen.

Anfang 4 und 8 Uhr. — Alle 14 Tage neues Programm.

Photographische Apparate

und alles Zubehör in reichster Auswahl.

Alb. Glock & Cie.

KARLSRUHE.

Gegründet 1861. Telephon 51.

Verantwortlich:
Für den politischen Theil:
Jodocus Fiege.
Für kleine badische Chronik, Solales
Bermüthe Nachrichten und Berichtsaal:
Hermann Bahler.
Für Feuilleton, Theater, Concerte, Kunst
und Wissenschaft:
Geinrich Vogel.
Für Handel und Verkehr, Haus- und
Landwirtschaft, Industrie und Meckament
Geinrich Vogel.
Sämmtliche in Karlsruhe.
Notations-Druck und Verlag der Aktien-
gesellschaft „Adonia“ in Karlsruhe
Adlerstraße 42.
Geinrich Vogel, Director.